



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 26. Januar 1887.

Nr. 42.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
Die Redaktion.

Die Folgen des letzten Reichstags-Beschlusses.

Wir haben in dem letzten Artikel die gewaltigen Festungswerke und besetzten Lager kennen gelernt, welche die Franzosen seit 1871 für den Krieg gegen Deutschland mit unermesslichen pekuniären Opfern hergestellt haben. In diesem Artikel wollen wir die Vorkehrungen besprechen, welche die Franzosen in allerneuester Zeit und zwar in Folge des letzten Reichstags-Beschlusses getroffen haben.

Kaum hat die Majorität des Reichstages, bestehend aus Welfen, Polen, Sozialdemokraten, im Bunde mit der Richter'schen Fraktion, kurz aus Feinden des Vaterlandes und ihren Bundesgenossen, die von der Reichsregierung geforderte Vermehrung des Reichsheeres abgelehnt und damit den Franzosen in die Hände gearbeitet, so sehen wir auch sofort die unmittelbare Wirkung dieses Schrittes in Frankreich. Die Franzosen halten diese Zeit, wo der Reichstag der Reichsregierung die Mittel zur Verstärkung des Heeres verweigert hat, für die geeignete, um sofort den Krieg gegen Deutschland zu beginnen und treffen alle die Vorbereitungen, welche unmittelbar dem Kriege vorhergehen müssen. Sie erblicken in den Parteien der Majorität des Reichstages, in Welfen, Polen und Sozialdemokraten, Feinde des deutschen Kaisers und des deutschen Vaterlandes und glauben, daß die günstige Zeit gekommen sei, um das durch diesen Zwiespalt geschwächte und in seinem Widerstande gelähmte Deutschland zu bekriegen.

Der französisch-deutsche Krieg wird uns durch diesen unpatriotischen Beschluß des deutschen Reichstages überaus nahe gerückt, sollte der neu gewählte Reichstag nicht eine andere Majorität zeigen, so ist der französisch-deutsche Krieg unzweifelhaft da, ein Krieg, der diesmal äußerst blutig werden wird und voraussichtlich einer halben Million Menschen das Leben kosten dürfte. Freilich, die Anstifter dieses Krieges im Reichstage, ein Windthorst und Eugen Richter, die werden sich zu retten wissen, sie werden die Gefahren des Feldzuges nicht theilen.

Hat doch Windthorst, der große Welfe, als es galt, seinen König Georg zu verteidigen und zu retten, sich rechtzeitig zu drücken gewußt; bei Langensalza war unseres Wissens von diesem Helden der spitzen Zunge nichts zu sehen. Und Eugen Richter? Wir haben viele Krieger gefragt, wo dieser Herr sich im Kriege ausgezeichnet habe; aber keiner der Befragten hat ihn gesehen. Diese Herren drücken sich also, wenn der Krieg entbrennt, den sie leichtsinniger Weise heraufbeschworen haben; aber Hunderttausende unserer deutschen Brüder werden diesem Kriege zum Opfer fallen.

Der letzte Reichstags-Beschluß ist kaum geschehen, da beginnen bereits die neuesten Rüstungen der Franzosen. Das Nächste ist der Ankauf zahlreicher Pferde für ihre Kavallerie und Artillerie, das Zweite ist der Ankauf alles Schwefeläthers und der Picrinäure in Deutschland gewesen, um den furchtbaren Sprengstoff, das Melinit zu erzeugen, mit dem die Deutschen vernichtet werden sollen. Das Dritte ist der massenhafte Ankauf von Brethern, um in den besetzten Lagern von Belfort, Epinal, Doull und Verdun große Truppenmassen in Holzbaracken unterzubringen. Alles Maßregeln, welche auf eine baldige Eröffnung des Krieges hinweisen. In Paris hat endlich Joeben Boulanger, der Führer der radikalen Kriegspartei, über die Friedenspartei der gemäßigten Minister den Sieg errungen; in dem Augenblicke, wo er den Krieg will, ist der Krieg da.

Das ist die verhängnisvolle Wirkung des letzten Reichstags-Beschlusses. Kommt es zum Kriege, so weiß jeder deutsche Wehrmann, wenn

er das Glend des Krieges zu danken hat, welches Fürst Bismarck durch seine weise Politik so lange Jahre zu verhüten gewußt hat.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

7. Plenarsitzung vom 25. Januar.

Das Haus ist nur mäßig besetzt, die Tribünen sind nahezu gefüllt.

Am Ministertische: Unterstaatssekretär Meinecke und Geh. Legationsrath Humbert u. A., später Finanzminister Dr. Scholz, sowie Staatsminister von Bötticher, Minister des Innern von Buttkamer, Landwirtschafts-Minister Dr. Lucius und Minister für öffentliche Arbeiten Maybach.

Präsident v. Kölller eröffnet die Sitzung nach 11¹/₂ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Entwurfs des Staatshaushalts-Etats für 1887/88 (Spezialetat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.)

Abg. Dr. Enneccerus (natlib.) wendet sich bei seiner gegen das Zentrum und den Freisinn gerichteten Polemik gegen die in jüngster Zeit kultivirte Legendenbildung, zunächst gegen die Legende „vom letzten Mann und letzten Groschen“, welche die Majorität des aufgelösten Reichstages nach ihrer Behauptung habe bewilligen wollen. Dieser Behauptung gegenüber müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Antrag der deutschfreisinnigen Partei, auf welchen sich die Reichstagsmajorität vereinigt, im Effecte die Verfürgung der Regierungsforderung um drei Armeekorps bedeutete und daß die Opposition aus parlamentarischem Herrschaftsgelüste mit den dem Vaterlande drohenden ernstesten Gefahren gespielt habe. Ebenso unhaltbar wie die Legende vom letzten Mann und letzten Groschen sei die von den Monopolen, mit deren Einführung die verbündeten Regierungen nach wie vor umgehen sollten. Der Abg. Windthorst habe die Absicht des Finanzministers über die Frage der Monopole wie über solche Kreise provoziert, daß eine präzise Antwort überhaupt nicht zu geben war und wenn sich an diesen untergeordneten Vorgang die Monopollegende anklammere, so sei das Beweise für ihre Haltlosigkeit, wie sich denn auch zweifellos nur verschwindend wenig Wähler finden würden, die diese Legende gläubig aufnehmen würden. Ebenso verhalte es sich mit der Legende von der Gefährdung des allgemeinen direkten Wahlrechtes und die Verbreiter dieser Legende handelten wider besseres Wissen, denn sie wüßten recht wohl, daß die verbündeten Regierungen und die reichstreuen Parteien, welche alle großen Reichsinstitutionen geschaffen, gerade zum Schutze auch des in der Verfassung garantierten Wahlrechtes berufen seien, während die Fortschrittspartei stets jedem Fortschreiten des Reichsgedankens Widerstand entgegen gesetzt habe. Es sei hohe Zeit, daß für eine andere Reichstagsmajorität Sorge getragen werde und in diesem Sinne begrüße er das Wahlkompromiß der konservativen, der nationalliberalen und der Reichspartei, welches einen Aufbruch an die Einsicht und den Patriotismus der Wähler bilde.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) wendet sich vorzugsweise gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers und sucht denselben für den Kulturkampf verantwortlich zu machen, da er im Grunde doch als der Vater der Maßregeln anzusehen sei. Nachdem er sodann im Hinblick auf die angeblich vorhandenen Bestrebungen die Schule der Botmäßigkeit des Staates zu unterstellen, die Rechte der Kirche betont und die Nothwendigkeit hervorgehoben, vor Allem christlich gesinnte Männer in den Reichstag zu schicken, bespricht er die Stellung des Zentrums zu dem Freisinn und diejenige zur konservativen Partei, weist auf die angeführten empfindlichen Militärlasten gebotene Nothwendigkeit hin, möglichst sparsam zu verfahren und verteidigt von neuem die Reichstags-Majorität gegen die ihr gemachten Vorwürfe, indem er nochmals erklärt, der Regierung sei jeder Mann und jeder Groschen bewilligt worden. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. v. Minnigerode (Konf.) Ich wundere mich, daß Herr Windthorst so wenig Anerkennung, für das, was der Reichskanzler zur

Beseitigung des Kulturkampfes gethan, ausgedrückt hat. Bei der Weiterführung der Revision ist er an die Zustimmung des Staatsministeriums gebunden. Aus den Reden der Opposition ging eine gewisse Angst vor den Wahlen hervor. Die Monopole wurden vorgeschoben, aber ohne jeden Grund. Sie sind der schwarze Mann geworden, mit welchem man politische Kinder in Schreden jagt. Als die Monopole nicht mehr vorhalten wollten, sprach man von Angriffen auf das allgemeine Wahlrecht. Ein Wahlrecht kann doch nur so lange bestehen, als es mit der Existenz des Staates verträglich ist. Wenn aber die Wähler in der Ausübung des Wahlrechtes nicht eine gewisse Mäßigung beobachten, so kann allerdings etwas geschehen, was wir Alle nicht wünschen. Bei Herrn Windthorst war es nur Sorge um die Wahlen, bei Herrn Richter eine förmliche Angst. Er antwortete nicht dem Reichskanzler, sondern hielt einen Appell an seine eigenen Freunde, deren er doch nicht so ganz sicher zu sein scheint. Wenn die Freisinnigen ihrer Sorge um die Krone und den Thron Ausdruck geben, so ist das gewöhnlich der letzte Trumpf. Die Stellung des Reichskanzlers soll die Gefahr für die Krone sein. Warum hat er nicht das Wort: „Hört mit Bismarck!“ gestern ausdrücklich wiederholt. Herr Richter hat gestern bei der Angst um die Wahlen seine Trümpfe gar nicht ausgespielt. Die Lampe des armen Mannes brannte nicht und die Pfeife war ihm ausgegangen. Jeden Mann und jeden Groschen will man bewilligt haben, aber nur auf 3 Jahre. Nach 3 Jahren kann die ganze Organisation wieder in Frage gestellt werden. Das Zentrum hat den Freisinn groß gezogen, er lag ja am Boden. Das Zentrum hat ihm wieder zu Mandaten verholfen. Durch Ihre ganze Haltung arbeiten Sie nur der Sozialdemokratie vor; daß Sie es nicht beabsichtigen, glaube ich ja. Auf die Steuerlast kommt es, wo die Existenz auf dem Spiele steht, nicht an. Welchen moralischen Eindruck muß es im Auslande machen, wenn die deutsche Nation sich in dieser Zerissenheit präsentiert. Das Auslande würde einen falschen Schluß ziehen, wenn es diese Zerissenheit für wirklich hielt. Aber die Parteien trifft die Schuld für diesen Ansehen. In anderen Staaten werden sie kaum etwas ähnliches finden. Diese Herabsetzung unserer großen Männer ist doch wirklich ein trauriges Schauspiel. Wenn der erste Kanonenschuß fällt, wo bleibt dann mancher, von dem wir große Reden gehört haben? In meiner kühnsten Phantasie kann ich mir den Zivil-Moltke doch noch nicht als Reichskriegs-Freiwilligen denken. Die Verhältnisse sind brauen, als Herr Windthorst es darstellt. Wir brauchen ein nachhaltiges Wehrsystem, deswegen konnte die Regierung sich auf kürzere Zeit als 7 Jahre nicht einlassen. Ich spreche mich über die Verständigung, welche unter den regierungsfreundlichen Parteien erzielt worden ist; alle übrigen Punkte sollen als nebensächlich hingestellt werden, um in dem einen Punkte eine Einigung zu erzielen. Unser Vertrauen ist auf Seiten der Regierung, des Reichskanzlers, welcher uns in einer Reihe von Jahren den Frieden erhalten hat. Unsere Wahlparole soll sein: Fest und Durch! (Beifall rechts.)

Abg. Rintelen (Zentr.) verteidigt die Majorität des Reichstages gegen die ihr gemachten Vorwürfe, namentlich bestritt er, daß viele, welche für das Triennat gestimmt, gegen dasselbe gestimmt haben würden, wenn die Regierung jenes acceptirt hätte. Man habe eine loyale Prüfung nach drei Jahren ermöglichen wollen und alle Gründe, welche gegen das Triennat sprächen, seien auch gegen das Septennat geltend zu machen. Redner bestritt sodann in einer längeren Deduktion über die einschlägigen Verfassungsbestimmungen das Recht des Kaisers, die Friedenspräsenzstärke aus eigener Machtvollkommenheit festzusetzen, sobald eine Verständigung nicht zu erzielen sei und schließt mit der Erklärung, daß durch die Auflösung vielmehr der Versuch inaugurirt worden sei, das Recht des Reichstages zu verkümmern. (Bravo! links und im Zentrum.)

Abg. Cremer-Teltow (konservativer Wülder) erklärt, daß die Frage, welche zur Entscheidung stehe, mit den Monopolen nichts zu thun habe, sondern laute: „Wollen wir unserer Regierung in der Frage unseres Heerwesens vertrauen oder Leuten, die nichts davon verstehen?“ Handle es sich einmal um die Errichtung eines wissenschaftlichen Institutes, so verlange der Abg. Birchow, daß man seine Autorität anerkenne, während man jetzt auf dem Gebiete des Militärwesens nicht einmal die Autorität des Feldmarschalls Moltke anerkennen wolle und die Herren Birchow und Hasenclever für sich in Anspruch nähmen, alles besser zu verstehen, als unsere ersten militärischen Kapazitäten. Gänzlich deplacirt sei die Behauptung der Gegner der Militärvorlage, daß sie im Falle der Noth alles Erforderliche bewilligen würden, denn im Falle der Noth werde der Kaiser sich um die Disposition gar nicht kümmern, sondern einfach seine Pflicht als Schirmherr des deutschen Reiches thun! (Bravo! rechts.) Die Opposition ermutige das Auslande geradezu, uns anzugreifen, denn dasselbe werde ja zu der Annahme veranlaßt, daß Deutschland seine militärischen Lasten nicht tragen könne und jetzt der günstige Augenblick zum Vorschlagen gekommen sei. Die angeblich gefährdete Verfassung aufgehoben, als bei allen Parteien und Fraktionsführern. (Sehr richtig! rechts.) Was die Ausführungen des Abg. Windthorst betreffe, so sei es doch beachtenswerth, daß das in Aussicht gestellte neue kirchenpolitische Gezeß bereits herabgesetzt werde, bevor noch sein Inhalt bekannt geworden sei. Was jedoch die Haltung des Abg. Richter anlange, so werde derselbe mit seinen Angriffen auf den Reichskanzler, auf den auch liberale Männer stolz seien, wenig Erfolg haben. Redner wendet sich sodann gegen die persönlichen Angriffe, welchen er hier in den Berliner fortschrittlichen öffentlichen Versammlungen seit Langem ausgesetzt sei, um jodann den reichsfeindlichen Charakter der Sozialdemokratie und des mit ihr verwandten Fortschritts zu kennzeichnen und gegen das Zentrum den Vorwurf zu erheben, daß es dem Abg. Windthorst nachlaufe, der bekanntermaßen mit den neuen Reichsinstitutionen nicht einverstanden sei. Zum Beweise für die indirekte Unterstützung, welche die Opposition durch ihre Haltung gewähre, verliest Redner schließlich ein Zitat aus einer französischen Zeitung, in welchem letztere der Fortschrittspartei gegen den Reichskanzler im Interesse der Zerstörung des deutschen Reiches den Sieg gewünscht. (Zustimmung rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bewilligt.
Ohne Debatte erledigt das Haus die Etats der Lotterieverwaltung, des Seehandlungsinstituts, der Münzverwaltung, des Bureau des Staatsministeriums, der General-Ordenskommission, des Geheimen Zivil-Kabinetts, der Oberrechnungskammer, der Prüfungskommission für höhere Verwaltungs-Beamte, des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, für Zwecke der Landesvermessung und Bauverwaltung.
Unwesentliche Debatten riefen nur die Positionen Staatsarchive, Gezeßsammlungs-Amt in Berlin und „Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger“ hervor.
Bezüglich einiger lokaler Wünsche der nationalliberalen Abgg. Dr. Mithoff, Dr. Schläger und Dr. Sattler auf dem Gebiete der Archivverwaltung sagt General-Direktor der Staatsarchive Dr. Sybel theilweise Berücksichtigung zu, während
Abg. v. Meyer-Arnswalde (konservativer Wülder) Beschwerde darüber führte, daß es den Dorfschulzen in der Regel an den nöthigen Räumlichkeiten zur Aufbewahrung des Gezeßblattes und der Kreisblätter gעהre, und Abg. Dr. Reinhold (natlib.) um Aufnahme der bayerischen Eisenbahn-Statistik in den „Reichs-Anzeiger“ ersucht.
Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt heute ein Dementi des gestern von uns als unbegründet bezeichneten Gerüchtes über einen angeblichen diplomatischen Schritt Deutschlands bei Frankreich. Das hochoffizielle Organ

